

Bericht über die erste Projektlaufzeit „Selbstbestimmt Leben mit Persönlichem Budget - Das Informations-, Weiterbildungs- und Aufklärungsportal für psychiatriebetroffene Menschen“ (1. Juli - 31. Dezember 2008)

Karin Roth

Am 1. Juli 2008 startete das Projekt „Selbstbestimmt Leben mit Persönlichem Budget“ in Trägerschaft des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener e.V., gefördert von dem AOK-Bundesverband und der BARMER Hauptverwaltung, das sich zum Ziel gesetzt hat, das Persönliche Budget (PB) bundesweit unter psychiatrie-betroffenen Menschen bekannt zu machen und sie zu motivieren, sich mit Hilfe des PB effektive Wege in ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben zu schaffen.

Als erstes wurde ein Internetportal aufgebaut, in dem sich Texte zu folgenden Themen finden:

- Grundidee und Ziele des PB;
- Leistungsberechtigte und Leistungen, die in Form eines PB beantragt werden können;
- Antragstellung und Antragsverfahren;
- Relevante Gesetzestexte;
- Persönliche Assistenz und andere Formen der Unterstützung im Rahmen des PB;
- Angebote des Projekts und Kontakt.

Parallel zum Aufbau des Webportals wurde ein Flyer konzipiert und die Angebote des Projekts wie folgt festgelegt:

1. "Offener Informationstreff Persönliches Budget für psychiatrie-erfahrene Menschen" - Jeden Freitag von 12-14 Uhr in der Geschäftsstelle des BPE in der Wittenerstr. 87, 44789 Bochum. Ansprechpartnerin: Karin Roth
2. Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Persönlichen Budget für Psychiatrie-Erfahrene mit dem Ziel des Abbaus von Hemmschwellen bei der Beantragung von Persönlichen Budgets.
3. Kostenfreie Beratung im Sinne der Ziele des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener e.V. und Unterstützung bei der Antragstellung. Dies heißt, dass die Beratung das Aufzeigen konkreter Wege aus Drehtürpsychiatrie, Betreuung und Heim einschließt.
4. Kostenfreie Schulungen im gesamten Bundesgebiet in folgenden 3 Bereichen:
 - I. Schulungen für (zukünftige) BudgetnehmerInnen zu den Themen „Selbstorganisierte Hilfen als Alternativen zur Psychiatrie finanziert über das Persönliche Budget“ und „Expertin/Experte in eigener Sache – ArbeitgeberIn bzw. auf dem Weg dahin – was ist alles zu beachten?“
 - II. Schulung für Psychiatrie-Erfahrene, die bei anderen Psychiatrie-Erfahrenen im Rahmen des Persönlichen Budgets als Persönliche AssistentInnen und/oder UnterstützerInnen arbeiten möchten.
 - III. Weiterbildung für Psychiatrie-Erfahrene zu BeraterInnen für Persönliches Budget - Etablierung von effektivem Peer-Counseling zum Persönlichen Budget in allen Bundesländern.

Sowohl Internetportal als auch Flyer waren einen Monat nach Projektbeginn fertiggestellt, so dass die Pressekonferenz zur offiziellen Projekteröffnung am 2. August 2008 in der Geschäftsstelle des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener e.V. stattfinden konnte. Der Vorstand des BPE e.V. war bei der Eröffnung anwesend. In der ersten August-Woche wurden zwecks Akquise von BudgetnehmerInnen und MultiplikatorInnen Flyer an Selbsthilfegruppen und Landesorganisationen psychiatrie-betroffener Menschen per Post und eMail versendet. Das Ergebnis dieser ersten Werbekampagne waren zahlreiche telefonische und schriftliche Anfragen, aus denen sich einige regelmäßige Kontakte ergaben, die zur Beantragung von

Leistungen zur Teilhabe in Form von Persönlichen Budgets führten.

Durch die gezielte Akquise im Selbsthilfebereich konnten in der bisherigen Laufzeit bereits für 13 Bundesländer bzw. Regionen insgesamt 28 psychiatrie-erfahrene MultiplikatorInnen für Persönliches Budget geworben werden. Fast alle Multiplikatoren und Multiplikatorinnen haben langjährige Erfahrungen als Referenten und Referentinnen im psychosozialen Bereich und in der Koordination von Selbsthilfeprojekten. Ihre Aufgaben wurden wie folgt vereinbart:

- Organisation von Infoveranstaltung und Vorträgen zum Thema;
- Kontaktherstellung zu Ansprechpersonen bei den Kostenträgern;
- Erstellung einer Liste von regionalen FachanwältInnen für Sozial- und Behindertenrecht;
- Motivation von Psychiatrie-Betroffenen, PB-Anträge zu stellen und Unterstützung bei der Antragstellung;
- Protokollierung der gesamten Arbeit, damit deutlich wird, wo die Probleme liegen, was gut funktioniert, wie hoch das Interesse unter Betroffenen an dem Thema ist etc.

Der Wissenstand der MultiplikatorInnen zum Thema Persönliches Budget ist zur Zeit noch heterogen, einige sind bereits in ihrer Region ehrenamtlich beratend tätig, andere wünschen sich Schulungen zum Thema. Der erste gemeinsame Workshop der MultiplikatorInnen fand vom 6.-7. Dezember 08 in Bochum in der Geschäftsstelle des BPE e.V. statt. Einige Ergebnisse dieses Treffens finden Sie am Ende dieses Berichts, in der Auflistung der geplanten Aktivitäten für das Jahr 2009. Außerdem wurden für 2009 bereits in fast allen Bundesländern von den MultiplikatorInnen regionale Informationsveranstaltungen zum Persönlichen Budget organisiert. Die Dringlichkeit solcher Veranstaltungen zeigt nicht nur der hohe Beratungsbedarf unter Psychiatriebetroffenen, sondern auch die bisherige Bewilligungspraxis: Anträge werden von den Kostenträgern häufig liegengelassen, d.h. es erfolgt entweder keine Reaktion, oder eine Ablehnung, gerade dann, wenn die beantragten Leistungen im Sinne von Empowerment und Emanzipation konzipiert sind und nicht von anerkannten Trägern v. a. des Ambulant Betreuten Wohnens erbracht werden sollen, sondern von selbst gewählten Persönlichen AssistentInnen oder Helfern. Eine kontinuierliche Unterstützung der Antragstellenden, trotz dieser Hürden nicht zu resignieren und stattdessen anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist in den meisten Fällen unumgänglich.

Vorträge in denen positive Beispiele aber auch die Probleme aufgezeigt werden

- auf der Ebene der Betroffenen wegen des oftmals respektlosen Umgangs, den sie von Seiten der Mitarbeiter des psychosozialen Bereiches und von Seiten der Kostenträger erfahren, wenn sie PB beantragen möchten und
- auf der Ebene der Kostenträger wegen der häufigen Nicht-Reaktion auf Anträge und wegen gezielter Herausgabe falscher Informationen an die Antragstellenden,

sind dringend notwendig, wenn das Ziel erreicht werden soll, möglichst viele Psychiatrie-Betroffene zu motivieren, den Ausstieg aus chronischer Abhängigkeit von Leistungen zur Teilhabe zu planen und offensiv anzugehen.

Auf den bisherigen Informationsveranstaltungen zeigten die Teilnehmenden reges Interesse an der neuen Leistungsform. Die Vielzahl der gestellten Fragen macht deutlich, wie sehr sich die meisten Betroffenen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation wünschen. Die Interessenschwerpunkte liegen bei

- Alternativen zu konventionellen sozialpsychiatrischen Angeboten,
- Entwicklung von konkreten Ideen zum Ausstieg aus der chronischen Beziehung zur Psychiatrie und
- Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Die Stimmung während der Informationsveranstaltungen lässt sich mit einer Mischung aus Hoffnung und Skepsis beschreiben. Die Hoffnung überwiegt zwar, doch viele Betroffene haben im Laufe der letzten Monate entweder selbst schlechte Erfahrungen mit der Beantragung von Persönlichen Budgets gemacht oder aber abschreckende Beispiele gehört. Sie fühlen sich irritiert und oftmals sehr verunsichert, durch die vielfältigen gezielten Falschinformationen von Seiten der Kostenträger. Und sie fühlen sich zermürbt durch die Respektlosigkeit und Ignoranz,

die ihnen entgegenschlägt, sobald sie die eigenen Vorstellungen von Hilfe darlegen. Gerade Psychiatrie-Erfahrenen wird die Fähigkeit, selbst zu bestimmen, welche Unterstützung sie brauchen, in der Regel abgesprochen. Die Erfahrungen in diesem Projekt bestätigen dies.

Im Laufe der bisherigen Projektlaufzeit von 6 Monaten wurden insgesamt 116 Personen per Telefon, Brief und eMail beraten. Die Beratungs- und Unterstützungsarbeit von Seiten der Projektleitung umfasste dabei folgende Aktivitäten:

- Aufklärung über das PB allgemein und ggf. Peer-Counseling vor Ort;
- Aufklärung über Alternativen zur Psychiatrie, die über das PB finanziert werden können;
- Aufklärung über das PB für Arbeit;
- Bedarfsermittlung (welche Leistungen zur Teilhabe sollen beantragt werden);
- Unterstützung bei der Antragstellung oder Antragsformulierung in Kooperation mit den Betroffenen;
- Bei einigen Personen: Kontakt zu den gesetzlichen Betreuern der Antragstellenden;
- Unterstützung bei der Suche nach Selbsthilfegruppen vor Ort;
- Unterstützung bei der Suche nach ÄrztInnen und/oder AnwältInnen;
- Unterstützung bei der Suche nach Persönlichen AssistentInnen und/oder Helfern. Die Suche nach geeigneten Leistungserbringern, die effektiv beim Ausstieg aus der Drehtürpsychiatrie zur Seite stehen, war oftmals erfolglos, da es kaum Menschen zu geben scheint, die Alternativen zur Psychiatrie im Rahmen des PB anbieten. Für 2009 sind aus diesem Grund gezielte Aktionen in jedem Bundesland geplant, um durch Weiterbildung von Psychiatrie-Erfahrenen, die im Rahmen des PB als Unterstützer/Krisenhelferinnen arbeiten möchten, Abhilfe zu schaffen;
- Begleitung zu Anwaltsterminen;
- Begleitung zum und Unterstützung beim Clearing-Gespräch.

Zu 40 der 116 Anrufer besteht mittlerweile regelmäßiger Kontakt. 28 Personen wurden bei der Antragstellung begleitet. 14 der 28 Anträge wurden von der Projektleitung selbst verfasst (diese 14 Antragsteller leben in Bayern, NRW, Hessen, Niedersachsen und Berlin). Lange regelmäßige Gespräche mit Krisenbegleitungscharakter fanden bzw. finden noch mit 4 Personen statt. Es handelt sich dabei um Menschen, die völlig isoliert leben und Wege in ein selbstbestimmtes Leben suchen.

Insgesamt kamen die Anfragen an das BPE-Projekt bislang aus folgenden Städten: Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Berlin, Bocholt, Lengerich, Essen, Iserlohn, Bielefeld, Hamm, Düsseldorf, Köln, Ansbach, Delmenhorst, Dortmund, Saarbrücken, Bochum, Velbert, Münster, Gevelsberg, Beverungen, Hagen, Bonn, Dorsten, Rheda-Wiedenbrück, Dernbach, Witten, Emden, Osnabrück, Korbach, Kirchheim-Teck, Taunusstein, Kassel, Waischenfeld, Pfaffenhofen, Ludwigsburg, Brandenburg, Schwerte, Trier, Iserlohn-Letmathe, Böblingen, Freiburg, Marburg, Esslingen, Wetter, Aachen, Aschaffenburg, Mülheim an der Ruhr, Berlichingen, München, Hamburg, Harsefeld und Erfurt.

Von den während der Projektlaufzeit eingereichten Anträgen auf Persönliches Budget wurde nur einer fristgerecht bearbeitet, wobei es sich hierbei um einen Antrag bei der Krankenkasse handelt (beantragt wurden soziotherapeutische Leistungen), der nach ein paar Tagen bereits abgelehnt wurde.

Alle anderen Anträge wurden von den zuständigen Kostenträgern nicht rechtzeitig bearbeitet bzw. völlig ignoriert. Mehrmaliges Nachfragen durch die Projektleitung wurde ebenfalls ignoriert. Laut Gesetz sind die Kostenträger verpflichtet, sich innerhalb einer Frist von 2 Wochen bei den Antragstellenden zu melden.

Zur Zeit werden 4 Antragsteller dabei unterstützt, ihre Rechte mit anwaltlicher Hilfe durchzusetzen. Eine fünfte Person, die ebenfalls von der Projektleitung zum Anwalt begleitet wurde, hat seit Ende November 08 die Bewilligung auf Persönliches Budget erhalten. Das Verfahren dieser Person war bereits im Februar 2008 (!) eingeleitet worden, es wurde dann im September durch die Projektleitung noch einmal aufgerollt, jedoch erst bearbeitet, nachdem Ende Oktober ein Anwalt hinzugezogen worden war. Dieses Verfahren ist das einzige, das in

der bisherigen Projektlaufzeit bewilligt wurde (neben zwei Verlängerungsanträgen). Wie in jedem PB-Verfahren, das beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) beantragt wird, gab es auch in eben geschildertem Beispiel die rechtswidrige Auflage (!) des Kostenträgers, 10% der bewilligten Fachleistungsstunden an einen anerkannten Dienst des ambulant betreuten Wohnens abzugeben, zwecks Qualitätssicherung. Der Schwerpunkt der Qualitätssicherung sollte jedoch auf der Überprüfung der Ergebnisqualität liegen, insbesondere darauf, ob und in welchem Umfang die im Persönlichen Budget beabsichtigten Ziele erreicht wurden. Diese Sichtweise wird vom LWL nicht geteilt. Im Zuständigkeitsbereich des LWL erhalten Antragsteller, die die 10%-Regel ablehnen, keine Leistungen zur Teilhabe in Form eines Persönlichen Budgets! Bislang haben sich alle uns bekannten Antragstellenden aus dem Einzugsgebiet des LWL an diese Regelung gehalten und die 10%-Regel – wenn auch widerwillig – akzeptiert. In Zukunft werden Präzedenzfälle geschaffen werden müssen, dies war auch die klare Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das wir über diese rechtswidrige Praxis des LWL informierten.

Es folgen nun ein paar Beispiele, zur Verdeutlichung der Probleme, mit denen Psychiatrie-Erfahrene konfrontiert werden, wenn sie Leistungen zur Teilhabe in Form eines Persönlichen Budgets beantragen. Alle Beispiele stammen von Anrufern, die sich an die Projektleitung gewandt haben:

- Beispiel 1: Die zuständige Sachbearbeiterin vom LWL kontaktiert die gesetzliche Betreuerin einer Antragstellenden und kündigt an, den Antrag auf PB direkt abzulehnen (eine Anwältin wurde eingeschaltet).
- Beispiel 2: Der LWL unterstellt in einem Antwortschreiben auf einen durch die Projektleitung verfassten PB-Antrag, die Antragstellerin hätte ambulant Betreutes Wohnen beantragt und schickt gleich eine zweiseitige Liste mit vom LWL anerkannten Anbietern des Ambulant Betreuten Wohnens mit, mit der Aufforderung, die Antragstellerin möge sich aus dieser Liste einen Dienst aussuchen, der ihr die Leistungen zur Teilhabe erbringen soll! Die Antragstellerin hatte jedoch keine Leistungen des Ambulant Betreuten Wohnens beantragt. Sie hatte stattdessen konkret sowohl ihre eigenen Ziele, als auch die beantragten Leistungen und die selbst gewählten Leistungserbringer benannt (eine Anwältin wurde eingeschaltet).
- Beispiel 3: Der Kostenträger fordert den Antragsteller auf, den Antrag auf PB zurückzunehmen, die Leistungen stünden ihm nicht zu. Der Betroffene war völlig verunsichert, nach dieser Reaktion. Die Projektleitung wandte sich daraufhin selbst an den Kostenträger. Der Projektleitung gegenüber verhielt sich der zuständige Sachbearbeiter höflich, der Antrag wurde abgegeben und ist nun in Bearbeitung.
- Beispiel 4: Der Sozialdienst reagiert auf einen PB-Antrag mit dem Satz: „Entweder Sie entscheiden sich für Betreutes Wohnen oder Sie erhalten gar nichts!“ Der Antragsteller hatte keine Leistungen des Betreuten Wohnens beantragt, da er andere Hilfen brauchte (eine Anwältin wurde eingeschaltet, der PB-Antrag ist mittlerweile bewilligt).
- Beispiel 5: Der gesetzliche Betreuer einer Anruferin hatte im Juni 08 einen PB-Antrag für die Betroffene gestellt, ohne sie darüber zu informieren. Die Anruferin wusste nichts über das PB, bevor sie sich – im September 08 – bei uns meldete. Der PB-Antrag war jedoch bereits für 2 Monate bewilligt worden, ohne Absprache über Ziele, Leistungen und Leistungserbringer und ohne Clearing-Verfahren. Der bewilligte monatliche PB-Satz von 1200 Euro sollte laut Angabe des Betreuers an eine mit ihm befreundete Sozialarbeiterin gehen. Die Betroffene kannte diese Sozialarbeiterin seit mehreren Jahren und hatte bereits regelmäßig Unterstützung durch sie erfahren, in Form von Sachleistung. Die Sozialarbeiterin forderte nun im Rahmen des PB 70 Euro Stundenlohn...
- Beispiel 6: Ein Anrufer hatte, bevor er sich bei uns telefonisch meldete, bereits beim Sozialamt versucht, PB zu beantragen. Dort sagte ihm die Sachbearbeiterin: „Wenn Sie nicht einmal ein Zeichen in ihrem Behindertenausweis haben, müssen Sie gar nicht her kommen, um PB zu beantragen!“

- Beispiel 7: Ein Anrufer hatte vor der Kontaktaufnahme mit uns bei der Krankenkasse versucht, PB zu beantragen. Dort sagte man ihm: „Sie können kein PB beantragen, wenn Ihre Kinder bei Ihnen leben.“
- Beispiel 8: Ein Anrufer hatte bereits vor der Kontaktaufnahme mit uns versucht, einen PB-Antrag zu stellen. Man sagte ihm: „Sie können nicht mit Geld umgehen, darum können Sie auch keinen PB-Antrag stellen, Sie brauchen eine gesetzliche Betreuung!“
- Beispiel 9: Die zuständige Sachbearbeiterin vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) kontaktiert die gesetzliche Betreuerin einer Antragstellerin und teilt ihr mit, der Antrag auf PB sei völlig falsch formuliert, nämlich so, wie die Anträge im Einzugsbereich des LWL formuliert werden - und würde darum nicht bearbeitet werden! Es handelt sich um einen formlosen Antrag, den die Projektleitung selbst verfasst hat und der sich nicht von anderen Anträgen unterscheidet. Die Antragstellerin hat sich durch diese Aussage einschüchtern lassen und den Antrag zurückgenommen.

Zusammengefasst haben die bisherigen Erfahrungen in der Projektarbeit gezeigt:

1. Das Interesse am Persönlichen Budget von Seiten psychiatrie-erfahrener Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet ist hoch.
2. Der Aufklärungsbedarf über Möglichkeiten des Ausstiegs aus langjähriger Abhängigkeit ist hoch.
3. Die Hürden von Seiten der Kostenträger, Psychiatrie-Betroffenen Persönliche Budgets zu gewähren, mit denen Alternativen zur Psychiatrie finanziert werden, sind hoch.
4. Die Anzahl gezielter Falsch-Informationen von Seiten der Kostenträger ist ebenfalls hoch.
5. Der vom Vorstand des BPE e.V. vor Projektbeginn angenommene hohe Bedarf an unabhängiger Beratung und Aufklärung im Sinne der Ziele des BPE, hat sich bestätigt.

Eine Fortführung der in den ersten sechs Projektmonaten initiierten Aktivitäten ist mehr als wünschenswert. Die Weiterfinanzierung des Projekts wurde vom Vorstand des BPE e.V. im Dezember 08 beantragt. Aus den 6-monatigen Erfahrungen ergeben sich folgende Aufgaben für 2009:

- Fortsetzung der bisherigen Beratungs-, Werbe- und Vortragsaktivitäten im gesamten Bundesgebiet in Zusammenarbeit mit den MultiplikatorInnen: Die praktischen Vorteile, die das PB jedem einzelnen Menschen bieten kann, sollen systematisch in jedem Bundesland bekannt gemacht werden. In der Betroffenenzene herrscht die „Armut der Begierde vor“ – so Heidi Höhn, Multiplikatorin für Hessen – die meisten Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung wünschen sich nämlich gar nichts mehr. Dies zu ändern ist dringend notwendig und vorrangiges Ziel des Projekts!
- Gezielte Verbreitung des Persönlichen Budgets auch unter Psychiatrie-Betroffenen, die in stationären oder teilstationären Einrichtungen leben sowie Werbung für das Persönliche Budget bei interessierten Mitarbeitern dieser Einrichtungen. Schulung Psychiatrie-Betroffener im Bereich „Selbstbestimmt Leben mit Persönlichem Budget als Alternative zu Heim und Betreuung“.
- Gezieltes Herantreten an die Krankenkassen, mit dem Ziel der Durchsetzung der Finanzierung ganzheitlicher, alternativer Ansätze zwecks Verhinderung bzw. Beendigung chronischer Beziehungen zur Psychiatrie.
- Vereinheitlichung des Wissenstands der MultiplikatorInnen zum Thema Persönliches Budget, Akquise weiterer MultiplikatorInnen und Fortbildung zu „Peer-Counseloren für Persönliches Budget“.
- Ende 2009: Auswertung der Erfahrungen, die BudgetnehmerInnen mit selbstorganisierter Hilfe gemacht haben.
- Akquise und Weiterbildung von psychiatrie-erfahrenen und nicht psychiatrie-erfahrenen Menschen, die im Rahmen des PB als Unterstützer, Krisenhelferinnen und/oder Persönliche Assistenten arbeiten möchten, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen: Der

Wunsch nach alternativen Hilfeformen ist bei Betroffenen vorhanden, die geeigneten Unterstützer zu finden, gestaltet sich oftmals noch als schwieriges Unterfangen.

- Aufbau einer bundesweiten Online-Datenbank „Psychiatrieerfahrene und andere an Selbstbestimmt Leben und Empowerment orientierte Leistungserbringer im Rahmen des PB“; Die Datenbank soll sowohl Budgetnehmenden als auch Leistungserbringenden die Möglichkeit bieten, Inserate zu schalten.
- Vorantreiben struktureller Veränderungen im Bereich „Persönliches Budget für Arbeit als Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen“ und Aufbau einer Datenbank „Budget für Arbeit“ mit Auflistung erfolgreicher Beispiele der Umsetzung.
- Untersuchung der Frage, wie viele Psychiatrie-Erfahrene bislang in der BRD das PB zur Finanzierung effektiver Alternativen zur Psychiatrie nutzen, wie sie dies konkret tun und mit welchem Ergebnis.
- Durchführung von Veranstaltungen, in denen Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Vertreter der Kostenträger und Vertreter des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener miteinander ins Gespräch gebracht werden sollen, mit dem Ziel, strukturelle Veränderungen der bisherigen Bewilligungspraxis herbeizuführen.
- Erschließung von Finanzierungsmöglichkeiten unabhängiger Beratung zum Persönlichen Budget im Sinne der Ziele des BPE e.V. in allen Bundesländern.
- Erschließung von Finanzierungsmöglichkeiten der bislang ehrenamtlich geleisteten Arbeit der Multiplikatoren und Multiplikatorinnen.

Trotz der geschilderten Schwierigkeiten gehen wir gestärkt und mit Elan in das Jahr 2009: Das Team der ProjektmitarbeiterInnen umfaßt am Ende der ersten Projektphase 28 MultiplikatorInnen aus dem gesamten Bundesgebiet und neben Karin Roth stehen mittlerweile auch Peter Weinmann (Saarbrücken), Sabine Dick (Berlin) und Dagmar Barteld-Paczkowski (Itzehoe) für Beratung und Schulungen zum Persönlichen Budget zur Verfügung!

Abb. 1 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Persönliches Budget im Rahmen des BPE-Projekts (das Photo entstand während des Workshops in Bochum im Dezember 2008)



Von rechts nach links:

Vordere Reihe: Dieter, Jurand, Dagmar, Andrea, Jörg

Hintere Reihe: Ronald, Tuula, Nicola, Peter, Birgit, Heidi, Gabriele, Sabine, Mandy

Die wenigen aber durchaus vorhandenen positiven Beispiele der Finanzierung von Alternativen zur Psychiatrie mittels des Persönlichen Budgets machen uns Mut, dieses Projekt weiter zu verfolgen. Optimistisch stimmt uns auch das große Interesse von Seiten Betroffener aus ganz Deutschland an dem Thema und das Wissen, dass selbstbestimmte Hilfen eine reale Chance zum Ausstieg aus (Drehtür)Psychiatrie, Betreuung und Heim bieten können.

Mit herzlichem Dank an alle Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und an das Theater Sycorax

aus Münster, das das Stück „Fit fürs Persönliche Budget“ entwickelt hat und mit dem wir eine wunderbare Zusammenarbeit aufbauen konnten, möchte ich diesen Bericht über die erste Projektlaufzeit schließen!

Kontakt:
Karin Roth
Projekt „Selbstbestimmt Leben mit Persönlichem Budget“ des BPE e.V.
Ovelackerstr. 10
44892 Bochum
0234-8906153
karin.roth@yael-elya.de
<http://www.yael-elya.de/index.php?spath=396>